

A. Änderungsanträge zum Arbeitsprogramm

1. Vervollständigung des Arbeitsprogramms wegen mangelnder Transparenz durch die Doppik

Fraktionsantrag Nr. 280/09 **Antragsteller: Fraktion Grüne Liste**
Text des Fraktionsantrages auf Seite 29

Wegen mangelnder Transparenz durch die Umstellung auf das doppelte Haushaltssystem wird die Ergänzung des Arbeitsprogramms des Amtes 50 unter 1.2 „Mehrarbeit, Überstundenentwicklung“ und unter 2.2.2 „aktuelle Budgetentwicklung“ gewünscht.

Zu 1.2: Laut Auskunft des Personalamtes sind in 2009 – wie jedes Jahr - regelmäßige Überstunden im Bereich des Übernachtungsheimes Wöhrmühle (396 Std.) sowie der Pflegeberatung (37,5 Std.), bei Hilfskräften für Archivarbeiten (71,76 Std.) und im Bereich der Seniorenbetreuerinnen (61 Std.) angefallen. Ansonsten werden angefallene Überstunden möglichst umgehend ausgeglichen. Die mangelnde Transparenz des doppelten Systems wird durch diese Information jedoch nicht behoben.

Zu 2.2.2: Das Arbeitsprogramm war im August 2009 vorzulegen – eine Aussage zum heute aktuellen Budgetstand war damals schon aus zeitlichen Gründen nicht möglich. Außerdem hat die Verwaltung ebenfalls vergleichbare Probleme mit der mangelnden Transparenz des doppelten Haushaltssystems.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag hat sich erledigt und gilt als bearbeitet.

Gutachten des Sozialbeirates:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt
Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt

2. Einführung eines „Erlangen-Passes“

Fraktionsantrag Nr. 296/09 **Antragsteller: SPD-Fraktion**
Text des Fraktionsantrages auf Seite 30/31

In Anbetracht von (tatsächlichen oder befürchteten) Haushaltskürzungen, bzw. Entgelterhöhungen wird der ausreichende Zugang benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu Bildung und Kultur als gefährdet angesehen. Es wird deshalb die Einführung des sog. „Erlangen-Passes“ gefordert – Haushaltsmittel hierfür sollen offenbar jedoch nicht eingestellt werden.

Dieser Vorschlag wurde in den letzten Jahren bereits mehrfach im SGA ausführlich diskutiert und abgelehnt (zuletzt in der SGA-Sitzung am 18.11.2008). Auf die ausführliche Begründung dieser ablehnenden Entscheidungen wird Bezug genommen. Darüber hinaus müssten bei einer Einführung des Erlangen-Passes nicht nur für die erforderlichen Umsetzungskosten im

Sozialamt, sondern auch für die entsprechenden Einnahmeausfälle in den betroffenen Fachdienststellen die jeweils dabei erforderlichen Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt
Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt

3. Neuermittlung des Zuschusses Frauenhaus in 2010

Fraktionsantrag Nr. 297/09 **Antragsteller: SPD-Fraktion**
Text des Fraktionsantrages auf Seite 32

Die Neuermittlung des jährlichen Betriebskostenzuschusses für das Erlanger Frauenhaus soll im Arbeitsprogramm des Sozialamtes als verbindlicher Auftrag festgelegt werden.

Der Antrag entspricht exakt dem vorgelegten Arbeitsprogramm des Sozialamtes, in dem die Neuermittlung des jährlichen Betriebskostenzuschusses für das Erlanger Frauenhaus als Aufgabe vorgesehen ist, die im Laufe des Jahres 2010 erledigt werden soll.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag hat sich erledigt und gilt als bearbeitet.

Gutachten des Sozialbeirates:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt
Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt

4. Einrichtung einer Ernährungsberatung

Fraktionsantrag Nr. 302/09 **Antragsteller: SPD-Fraktion**
Text des Fraktionsantrages auf Seite 33

Für die Einführung einer Ernährungsberatung wird die Bereitstellung von 5.000 € gefordert. Gemeint ist offenbar (ein Antragstext liegt dem Sozialamt nicht vor) eine Ernährungsberatung für Hartz IV-Empfänger, bzw. bedürftige Bevölkerungsgruppen.

Diverse bestehende Kochkurse, Beratungsangebote usw. (z.B. Hausfrauenbund) stehen auch Hartz IV-Empfängern und anderen bedürftigen Kreisen offen. Erfahrungen aus anderen (Options)Kommunen zeigen jedoch, dass solche Angebote des Sozialamtes von Hartz IV-Empfängern nicht angenommen werden, sondern – wenn überhaupt – nur Angebote „neutraler“ Träger eine Chance haben. Aus Sicht der Verwaltung würde es mehr Sinn machen, Angebote von Schulen und Kindertageseinrichtungen stärker zu fördern, die „das gesunde Frühstück“ und „gesunde Ernährung“ im Rahmen ihrer Einrichtung propagieren.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

5. Einführung eines „Sozialtickets“ und Bereitstellung der hierfür erforderlichen Mittel

Fraktionsantrag Nr. 314/09

**Antragsteller: Fraktion Grüne Liste
Agenda 21 - Beirat**

Text des Fraktionsantrages auf Seite 34

Es wird vollinhaltlich Bezug genommen auf die ausführliche Behandlung des Themas in der Beschlussvorlage zur SGA-Sitzung vom 11.11.2009. In dieser SGA-Vorlage vom ist ausführlich dargelegt, dass die Einführung eines Sozialtickets den städtischen Haushalt ein Vielfaches dessen kosten würde, was nach dem Antrag der Fraktion Grüne Liste an Mitteln dafür bereitgestellt werden soll (weniger als 100.000 €). Sie würde auch eine Menge an Mitnahmeeffekten auslösen (u.a. auch eine Entlastung der Bundeskasse) und ihre Notwendigkeit ist auch in der Fahrradstadt Erlangen als durchaus zweifelhaft anzusehen.

Der SGA hat deshalb am 11.11.2009 beschlossen, das Thema vorerst solange zurückzustellen, bis innerhalb der VGN-Gremien eventuelle Möglichkeiten zur Umsetzung dieser Problematik über den Verkehrsverbund des Großraumes diskutiert worden sind.

Darüber hinaus ist auch in der ersten Jahreshälfte 2010 das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die SGB II-Regelsätze zu erwarten. Sollte es dabei zu einer nennenswerten Anhebung der Regelsätze kommen, würde möglicherweise auch der behauptete Bedarf für die Einführung eines Sozialtickets neu zu bewerten sein.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

6. Einsatz eines ehrenamtlichen Mediators für Kunden des Sozialamts

Fraktionsantrag Nr. 316/09

Antragsteller: Fraktion Erlanger Linke

Text des Fraktionsantrages auf Seite 35

Durch konjunkturbedingt ansteigende Hartz IV-Fallzahlen wird in 2010 eine „zwangsläufig schnellere Abfertigung“ der Kunden durch die zahlenmäßig gleichbleibende Anzahl der Sachbearbeiter befürchtet. Zur besseren Wahrung des sozialen Friedens soll deshalb eine

ehrenamtliche Mediatorenstelle für Sozialamtskunden geschaffen und zur Deckung der Unkosten 5.000 € bereitgestellt werden.

Den Antragstellern ist allerdings entgangen, dass im Stellenplan 2010 zwei zusätzliche Hartz IV-Sachbearbeiterstellen vorgesehen sind, die im Fall eines eventuellen Anstiegs der Fallzahlen besetzt werden können und eine gleichbleibende Betreuungsqualität in der Hartz IV-Sachbearbeitung sicherstellen. Unser Anspruch ist und bleibt eine qualitativ gute und korrekte Betreuung unserer Kunden durch die Sachbearbeiter selbst, so dass die Einschaltung von zusätzlichen, externen „Mediatoren“ (durch die der Arbeitsanfall auch keineswegs verringert werden würde) nicht erforderlich ist.

Problematisch erscheint auch der angebotene Deckungsvorschlag (Verzicht auf Kapitalerhöhung bei der Gewobau) – widerspricht dieser Deckungsvorschlag doch inhaltlich dem eigenen Antrag Nr. 291/09 der Fraktion Erlanger Linke (Errichtung einer weiteren Seniorenwohnanlage).

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt
Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt

7. Anonyme Befragung der Kunden des Sozialamts

Fraktionsantrag Nr. 319/09 **Antragsteller: Fraktion Erlanger Linke**
Text des Fraktionsantrages auf Seite 36

Weil die kürzlich veröffentlichte Befragung der Erlanger Bürger nach Zufriedenheit mit den städtischen Dienststellen keinen Hinweis auf die spezielle Situation der Sozialamtskunden ergab, wird die Durchführung einer anonymen Befragung der Erlanger Sozialamtskunden gewünscht, für die 20.000 € bereitgestellt werden sollen.

Unser Anspruch ist und bleibt eine qualitativ gute und korrekte Betreuung unserer Kunden durch die Sachbearbeiter, so dass hier eine anonyme Befragung nicht weiter hilft. Fehler und Unkorrektheiten, die selbstverständlich auch bei uns vorkommen, können nur bei namentlicher Benennung behoben werden und nicht durch eine anonyme Befragung. Darüber hinaus existiert bei uns seit etwa einem Jahr ein sog. „Kummerkasten“ für – anonyme oder namentliche – Beschwerden, Kritik, Lob usw., von dem allerdings nur relativ wenig Gebrauch gemacht wird.

Problematisch erscheint auch der angebotene Deckungsvorschlag (Verzicht auf Kapitalerhöhung bei der Gewobau) – widerspricht dieser Deckungsvorschlag doch inhaltlich dem eigenen Antrag Nr. 291/09 der Fraktion Erlanger Linke (Errichtung einer weiteren Seniorenwohnanlage).

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

10. Zuschuss an Integrative Sportgemeinschaft Erlangen

Fraktionsantrag Nr. 302/09

Antragsteller: SPD-Fraktion

Fraktionsantrag Nr. 314/09

Antragsteller: Fraktion Grüne Liste

Text der Fraktionsanträge auf Seite 33 und 34

Für einen Zuschuss an die Integrative Sportgemeinschaft Erlangen wird eine Anhebung des Sozialamtsbudgets um 5.000 € gewünscht.

Im HH-Entwurf ist für diesen Zweck bisher noch kein Ansatz enthalten, da – nach entsprechender ausführlicher Debatte – der SGA erstmals in seiner Sitzung vom 11.11.2009 die Vergabe eines städtischen Zuschusses von 300 € monatlich an die ISG Erlangen beschlossen hat. Da von der ISG selbst die Höhe des nicht gedeckten Defizits für den laufenden Vereinsbetrieb auf 300 € monatlich beziffert wurde, sollte eine Budgetanhebung um 4.000 € ausreichen.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird in Höhe von 4.000 € befürwortet.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

11. Zuschuss an KISS (Regionalzentrum der Selbsthilfegruppen)

Fraktionsantrag Nr. 302/09

Antragsteller: SPD-Fraktion

Text des Fraktionsantrages auf Seite 33

Für einen Zuschuss an KISS (Regionalzentrum der Selbsthilfegruppen) wird eine Anhebung des Sozialamtsbudgets um 2.200 € gewünscht.

Im HH-Entwurf ist für diesen Zweck bereits ein Ansatz von 2.200 € enthalten, der in dieser Höhe auch vom Regionalzentrum beantragt wurde.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag hat sich erledigt und gilt als bearbeitet.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

12. Zuschuss an Kindergruppe Frauenhaus

Fraktionsantrag Nr. 314/09 Antragsteller: Fraktion Grüne Liste

Text des Fraktionsantrages auf Seite 34

Für einen höheren Zuschuss an die Kindergruppe Frauenhaus wird eine Anhebung des Sozialamtsbudgets um 20.000 € gewünscht.

Im HH-Entwurf ist für diesen Zweck bereits ein Ansatz von 50.700 € enthalten (wie 2009, als eine Anhebung um 6.000 € gegenüber dem Ansatz der Vorjahre vorgenommen wurde). Der Antrag der Fraktion Grüne Liste (70.700 €) entspricht nahezu exakt dem von der Kindergruppe Frauenhaus beantragten Zuschuss (73.900 €). Nach Auffassung der Verwaltung sollte aber die Beibehaltung der Anhebung aus 2009 von 44.700 auf 50.700 € ausreichend sein, um die Fortführung der Arbeit zu gewährleisten.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt
Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt

13. Zahlung eines SchülerInnengeldes ab der 11. Klasse

Fraktionsantrag Nr. 314/09 Antragsteller: Fraktion Grüne Liste

Text des Fraktionsantrages auf Seite 34

Ohne genaue Bezifferung wird eine Anhebung des Sozialamtsbudgets gewünscht, damit ein Schülerinnengeld ab der 11. Klasse aus städtischen Mitteln gezahlt werden kann.

Aus Sicht der Verwaltung dürfte es der Antragstellerin um die sog. Schulbeihilfe für Schulkinder aus bedürftigen Familien gehen (§ 24 a SGB II, § 28 a SGB XII), die seit dem letzten Herbst jeweils zum Schuljahresbeginn eine zusätzliche Beihilfe von 100 € erhalten. In einem ersten Entwurf von Sommer 2009 zu dieser gesetzlichen Neuerung war tatsächlich vorgesehen, diese zusätzliche Beihilfe für bedürftige Schulkinder nur bis einschließlich der 10. Klasse zu zahlen. Dagegen wurde jedoch u.a. auch von der Stadt Erlangen heftig protestiert, weil es abwegig ist, eine Förderung bedürftiger Schulkinder generell nur bis zur Mittleren Reife – und nicht bis zum Abitur - vorzusehen. Tatsächlich hat der Gesetzgeber dies dann auch rechtzeitig korrigiert: Die neuen, seit August 2009 in Kraft befindlichen Leistungen nach § 24 a SGB II und nach § 28 a SGB XII werden bis zur 13. Klasse gezahlt.

Das Anliegen der Fraktion Grüne Liste ist somit durch die geltende Rechtslage gesichert. Soweit die Stadt die Leistungen finanzieren muss (§ 28 a SGB XII) sind die erforderlichen Mittel im HH-Entwurf enthalten.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag hat sich erledigt und gilt als bearbeitet.

Gutachten des Sozialbeirates:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt
Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt

14. Zuschuss an Grünes Sofa e.V.

Fraktionsantrag Nr. 314/09 Antragsteller: Fraktion Grüne Liste
Text des Fraktionsantrages auf Seite 34

Für einen Zuschuss an das Grüne Sofa e.V. wird ein Zuschuss von 5.000 €(oder eine Anhebung des Sozialamtsbudgets um weitere 5.000 €?) gewünscht.

Im HH-Entwurf ist für diesen Zweck bereits ein Ansatz von 9.000 €enthalten (wie 2009, als eine Anhebung um 6.000 €gegenüber dem Ansatz des Vorjahres vorgenommen wurde). Im Rahmen der Prüfung des Verwendungsnachweises 2008 zeigte sich jedoch, dass eine solche Zuschusserhöhung (von 3.000 €auf 9.000 €) nach den städtischen Zuwendungsrichtlinien nicht vertretbar ist. Mit Einverständnis des Vereins Grünes Sofa wurde deshalb die Auszahlung des Zuschusses 2009 auf 6.000 €begrenzt. Nach Auffassung der Verwaltung sollte der Zuschuss 2010 wieder auf die ursprüngliche Höhe von 3.000 €reduziert werden.

Diese Erkenntnisse haben sich erst zu einem Zeitpunkt gebildet (während der Prüfung des Verwendungsnachweises 2008), als die Anmeldungen des Sozialamtes zum Haushalt 2010 schon längst abgegeben waren (deshalb findet sich dort noch der gleiche Ansatz von 9.000 € wie im Haushalt 2009).

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt. Stattdessen wird das Budget (und der Zuschuss an das Grüne Sofa e.V.) um 6.000 €reduziert. Es verbleibt damit ein Zuschuss an das Grüne Sofa e.V. von 3.000 €

Gutachten des Sozialbeirates:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt
Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt

15. Bereitstellung von Mitteln für Leistungen außerhalb des SGB XII

Antragsteller: Agenda 21 - Beirat

Text des Antrages auf Seite 37

Der Agenda 21-Beirat wünscht die Bereitstellung von HH-Mitteln für Leistungen außerhalb des SGB XII.

Der gleiche Antrag wurde vom Agenda 21-Beirat bereits vor einem Jahr zu den Haushaltsberatungen gestellt. Schon damals wurde vom Sozialamt mitgeteilt, dass „seit altersher auf der HHSt. 4980.7873 jährlich 30.000 €für diesen Zweck bereitstehen.“ Dies gilt

auch für den HH-Entwurf 2010 – nur dass dieser Betrag jetzt unter Produkt 3517, Kontenschema 50_TF_ÖT, Sachkonto 533961, Kostenstelle 500090, Kostenträger 35171000 zu finden sein müsste.

Im Rahmen der externen Überprüfungen aller freiwilligen Leistungen durch die KGSt hat das Sozialamt allerdings auch diesen Ansatz zur Diskussion gestellt. Angesichts der schwierigen allgemeinen Haushaltslage und angesichts des vergleichsweise geringen Bedarfs der letzten Jahre aus diesem Ansatz (im Regelfall um die 10.000 €pro HH-Jahr), hat das Sozialamt gegenüber der KGSt eine Halbierung dieses Ansatzes auf 15.000 €angeregt. Die endgültigen Vorschläge der KGSt sind zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht bekannt.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag hat sich erledigt und gilt als bearbeitet.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

